

Mit der LzO in den Ruin!

oder: Wie die Landessparkasse zu Oldenburg ohne Gerichtsbeschlüsse ihre Kredite einfordern kann [gesetzlos].

Privatrechtliche Forderungen werden durch einen NS Paragraphen bis heute ohne Gerichtsbeschuß durchgesetzt.

Der von den Nazis ins Gesetz eingefügte Absatz 2 des Paragraphen 16 des LzO-Gesetzes vom 3. Juli 1933 ermächtigt angeblich die Landessparkasse zu Oldenburg bis heute sich selbst quasi gerichtliche Vollstreckungsurteile auszustellen, ohne ein Gericht anzurufen.

In Paragraph 16-2 aus dem Jahre 1933 heißt es:

Zitat: "Die Befugnis zur Beitreibung von Geldbeträgen insbesondere zur Stellung von Anträgen auf Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen steht wegen der Ansprüche der Landessparkasse dem Vorstände zu. Sein Antrag ersetzt den vollstreckbaren Schuldtitel."

[LzO-Gesetz vom 3. Juli 1933]

Die Forderungen der LzO beziehen sich aber nicht nur auf Grundbesitz oder Immobilien, sondern sie betreffen auch den Kleinkredit von "Oma".

In den Allgemeinen Geschäftsbedingungen [AGB] der LzO findet sich bis heute kein Hinweis auf diese durch richterliche Entscheidungen als geltendes Recht proklamierte Vorgehensweise.

Korreakterweise müßte in den AGB der LzO klar nachzulesen sein, dass, wer dort Geld aufnimmt oder sein Konto anlegt, bei Forderungen seitens der LzO, heimlich ohne sein Wissen der sofortigem Zwangsvollstreckung unterworfen ist. LzO-Kunden werden somit nicht nach geltendem Recht aufgeklärt bzw über ihren Rechtsverlust zielgerichtet im Unklaren belassen.

Die LzO verfährt als einzige Sparkasse im Staat nach diesem angeblich für sie geltenden Sonderrecht.

Die Brisanz:

Die Fragestellungen, die sich aus dem beschriebenen Sachverhalt ergeben, wären für die LzO, die Gerichte und die Politik verheerend: Die mit der LzO geschlossenen Verträge wären nichtig und die Gerichte hätten geltendes Recht gebeugt.

Betroffene und ruinierte Personen haben beschlossen, sich gegen das offenbar gesetzlose Vollstreckungsgebahren zur Wehr zu setzen. Mit diesem Flugblatt wird heute auf diese unhaltbaren Zustände aufmerksam gemacht. Die Gerichte, sowie die Politik werden hiermit aufgefordert, dieses Unrecht zu beseitigen und die Opfer zu entschädigen. **Weitere Opfer dieses Vollstreckungsgebahrens melden sich bitte unter folgender Adresse:**